

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Montag, 18. Mai.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Nr. 338.

1874.

Telegraphische Nachrichten.

München, 17. Mai. Der neuernannte deutsche Botschafter bei der französischen Regierung, Fürst von Hohenlohe, welcher seit einigen Tagen hier bei seiner Familie verweilt, ist in vergangener Nacht nach Paris abgereist.

Paris, 16. Mai. Heute Vormittag hat unter dem Vorsitz des Marschall-Präsidenten ein Ministerrath stattgefunden. Die Debatte über die Reihenfolge, in welcher die vorliegenden Gesetzesentwürfe von der Nationalversammlung beraten werden sollen, findet wahrscheinlich schon in der heutigen Sitzung statt. Seitens der Regierung wird entschieden daran festgehalten, daß zunächst das Wahlgesetz beraten werden müsse.

Paris, 16. Mai, Nachts 11 Uhr 30 Min. Die Minister haben ihre Entlassung eingebracht, führen aber bis zur erfolgten Lösung der Ministerkrise die Geschäfte weiter. Goulard hat eine Besprechung mit dem Minister-Präsidenten gehabt.

— 17. Mai, Morgens. Das „Journal officiel“ bestätigt in seinem amtlichen Theile, daß die Minister um Entlassung von ihren Posten gebeten haben und daß das Entlassungsgesuch vom Präsidenten der Republik angenommen worden ist. Die Minister bleiben mit der provisorischen Fortführung der laufenden Geschäfte beauftragt. — Die Majorität der Nationalversammlung, welche den Rücktritt des Ministeriums herbeiführte, bestand aus 310 Mitgliedern der Linken, 54 Mitgliedern der äußersten Rechten und 17 Bonapartisten. — Die Mehrzahl der Journale der republikanischen Partei spricht sich für die Nothwendigkeit aus, die Nationalversammlung demnächst aufzulösen, da dieselbe nicht im Stande sei, die Regierungsform Frankreichs dauernd zu konstituieren.

Die Stadt zeigt eine vollkommen ruhige Physiognomie. Gerüchteleise verlautet, daß die Bildung eines Kabinetts aus Mitgliedern des rechten und linken Centrums mit Buffet, Goulard und Dufaure wahrscheinlich sei. Dieses Gerücht wird indeß von der „Agence Havas“ als verfrüht bezeichnet. — Ueber die Entlassungen des Marschall-Präsidenten ist noch Nichts bekannt.

— 17. Mai, Nachmittags. Goulard ist vom Marschall-Präsidenten mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden. Man hofft, daß dieselbe morgen oder übermorgen vollendet sein wird.

Versailles, 16. Mai. Nationalversammlung. (Schluß.) Nachdem die Minister in den Sitzungssaal wieder eingetreten waren, führte ein Deputirter von der Rechten aus, daß es sich nicht um die Frage handle, eine Tagesordnung festzustellen, sondern darum, ob die Versammlung die Gewalt des Marschall-Präsidenten Mac Mahon organisieren wolle. Der Deputirte Rampont (Linke) erklärte darauf: Wir haben gegen ein Parteiministerium gestimmt, wir haben aber nie die Absicht gehabt, gegen den Marschall-Präsidenten zu stimmen. Die Versammlung beschließt, die Feststellung der Tagesordnung am Dienstag vorzunehmen und vertagt sich alsdann bis nächsten Montag.

Madrid, 16. Mai. Nach einem gestern ergangenen Befehl werden 40 Bataillone der Reserve mobil gemacht. — Nach hier eingegangenen Meldungen ist General Concha am 14. d. in Villafra de los Montes angekommen, ohne auf seinem Marsche dahin auf carlistische Truppen gestoßen zu sein.

Rom, 17. Mai. Der bisher mit Verwaltung des Ministeriums des königl. Hauses beauftragte Kommandeur S. Nisone ist definitiv zum Minister des königl. Hauses ernannt worden. — Die italienisch-österreichische Konföderation ist, wie der „Economista“ meldet, vorgestern vom Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, und vom österreichischen Gesandten Graf Wimpffen unterzeichnet worden.

London, 16. Mai. Der Kaiser von Rußland wohnte gestern dem Ball bei der Herzogin von Sutherland bei. Der Kaiser hat den Prinzessinnen Christian, Louise und Beatrix den Katharinenorden verliehen.

London, 17. Mai. Gestern hat im Crystalpalast zu Sydenham zu Ehren des Kaisers von Rußland ein glänzendes Fest stattgefunden, bei welchem außer den russischen Gästen sämtliche Mitglieder der königlichen Familie anwesend waren. Dem Konzert und Feuerwerke, das vom schönsten Wetter begünstigt wurde, wohnten mehr als 40,000 Personen bei. Der Kaiser von Rußland wurde vom Publikum auf das Wärmste begrüßt. — Der Kaiser empfing heute den Besuch des jungen Prinzen Napoleon.

Athen, 17. Mai. Tringettas hat das Portefeuille des Marine-Ministeriums übernommen und ist Grivas zum Kriegsminister ernannt worden.

Vom Landtage.

68. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 16. Mai, 10 Uhr. Am Ministertisch Dr. Achenbach und Graf zu Eulenburg mit zahlreichen Kommissarien. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält der Abg. Pasker das Wort: Meine Herren! Zu meinem großen Bedauern bin ich in die Lage gebracht Sie während des Dranges der Geschäfte am Schluß der Session noch einige Zeit mit einer Angelegenheit aufhalten zu müssen, die in erster Linie lediglich meine Person zu betreffen scheint. Aber nach der Art, wie ein Gegenstand, der hier vor einigen Tagen zur Verhandlung gekommen war, im andern Hause verhandelt worden ist, hat dieses Haus wohl ein Interesse daran, die Thatsachen bis zum letzten Urtheil richtig gestellt zu sehen, damit nicht gewisse Urtheile, von denen ich nicht in erster Linie spreche, auf die Verhandlungen dieses Hauses Anwendung finden zu dürfen scheinen.

Der Herr Fürst Putbus hat annehmend an das, was ich hier über die Berliner Nordbahn erwähnt habe, die Gelegenheit genommen im Herrenhause Bemerkungen vor der Tagesordnung in einer länger

ausgeführten Rede zu machen. Dieser Umstand selbst ist ja nicht erstaunlich, sondern im Gegentheil, es ist mir selbst willkommen, wenn derjenige, der sich durch die Verhandlungen in diesem Hause getroffen fühlt, in gleicher Weise und vor dem ganzen Lande erwidern kann. Wir sind oft durch unsere Geschäfte gezwungen, gewissenhafter Weise auch persönliche Angelegenheiten in die Verhandlungen zu ziehen und es ist mir immer unangenehm, wenn meine Rede solche Personen treffen muß, die nicht in gleicher Lage und unter ganz denselben Verhältnissen sich zu verantworten im Stande sind. Der Herr Fürst Putbus war es vermöge seiner Mitgliedschaft im Herrenhause.

Seine Rede zerfällt in zwei Theile. Die eine hat nicht gerade sachlichen Inhalt, sondern ist direkt gegen meine Person gerichtet, welche sie in der schärfsten Weise darzustellen sucht. Ich muß mich jedoch mit dem zweiten Theil zunächst beschäftigen, in dem der Herr Fürst Putbus die Thatsachen von seiner Seite beleuchtet und dann am Ende unter Vorlesung zweier Strafrechtsparagrafen zu dem Schluß kommt, daß ich mich solcher Strafe schuldig gemacht oder mich der Verfolgung ausgesetzt haben würde, wenn ich nicht unter dem Privilegium der Redefreiheit gestanden hätte. Deshalb wird es nothwendig, daß ich dem Fürsten Putbus in seiner Darstellung der Thatsachen folge und ich werde mich bemühen mit dem Anrufen Ihres Urtheils zu warten, bis ich die Thatsachen selbst vorgebracht haben werde.

Es thut mir leid, daß nur eine gedrängte Reihenfolge von Thatsachen vorliegt, und ich verbunden bin, Ihnen dieselben einzeln vorzuführen. Sie können sich denken, daß ich das lebhafteste Interesse gehabt habe, nicht einen Tag vorübergehen zu lassen, ohne jener Darstellung eine Widerlegung zu Theil werden zu lassen. Gestern war ich den ganzen Tag in Angelegenheiten dieses Hauses beschäftigt und hatte nur durch Hörfestagen vernommen, daß im Herrenhause gegen mich gesprochen worden ist. Erst heute früh ist mir die „Nationalzeitung“ in die Hand gekommen mit dem Bericht über das Herrenhaus, und ich habe mich, ehe ich mir die Gasse erheben habe, vor der Tagesordnung sprechen zu dürfen, vergewissert, daß dieser Bericht durchaus auf authentische Gültigkeit und auf ein völliges Gleichlauten mit dem stenographischen Bericht Anspruch machen darf. Unter diesen Umständen habe ich geglaubt nicht länger zögern zu dürfen.

Der Fürst Putbus erklärt zunächst, daß er meine Rede aus der „Nationalzeitung“ entnommen habe, weil ihm der stenographische Bericht nicht vorgelegen habe, und er entnehme aus dieser Darstellung, daß die „Nationalzeitung“ sehr früh berichtet worden sei mit meiner Rede, welche sie vermittelst, ehe ich sie gehalten hätte, schon bekommen habe. Ich würde diesen Gegenstand, der ganz untergeordneter Natur ist, gar nicht erwähnen haben, wenn nicht der Fürst Putbus selbst erklärte, „er lege auf diesen Umstand ein großes Gewicht“; dies soll offenbar zusammenhängen mit der Baisse-Spekulation, als deren Teilnehmer mich der Fürst Putbus später darstellt. Die „Nationalzeitung“ nennt er mein Organ. Ich habe oft dieses sehr würdige Blatt als dasjenige bezeichnet, aus welchem ich das meiste Material über die Tagesvorgänge schöpfe, da ich andere Zeitungen zu lesen nicht die Zeit habe. Ich darf aber versichern, daß ich weder in dieser, noch in irgend einer andern Angelegenheit, welche meine Angriffe auf das Gröndelthum berühren, mit der „Nationalzeitung“ in irgend einer Verbindung gestanden habe, und daß die Geschäfte des Hauses mir überhaupt gar nicht gestattet haben, einige persönliche Freunde, die an der „Nationalzeitung“ arbeiten, in den letzten Wochen, vielleicht gar Monaten zu sehen, mit Ausnahme desjenigen Herrn, der in der Mitte dieses Hauses sitzt (der Abg. Schröder) und mir auch politisch nahe befreundet ist. Ich nehme an, daß meine Rede durch den gewöhnlichen Bericht, ohne mein Zutun von den Herren dort oben (auf die Journalistentribüne deutend), die sich der schweren Mühe unterziehen, unseren Verhandlungen zu folgen, so gut wie es vermögen, zu Stande gebracht ist. In der That weicht auch jener Bericht in einigen Punkten von dem ab, was ich gesprochen habe, gerade da, wo ich ein besonders verwickeltes Material vorführte. Es ist ja schon den Stenographen im Hause außerordentlich schwer, so verwickeltes Material ganz fehlerfrei wiederzugeben. Auch wird es Ihnen Allen wohl bekannt sein, daß es nicht zu meinen Nebenbei-Geschäften gehört, Reden vorher ausarbeiten und sie den Zeitungen zukommen. Auf die Folgerung aus der Vermuthung komme ich später zurück, sie gehört zu den Vorwürfen gegen mich, welche der Herr Fürst Putbus in die erste Reihe rückt.

Er sagt sodann: „Er (Lasker) fängt seine Entwicklung der Geschichte der Nordbahn damit an, daß er von schwindelhaftem Anfang, von lächerlicher Wirthschaft, von Verschwendung der Millionen spricht, — Schlämörter, deren Begründung er völlig außer Acht läßt.“

Die Herren werden sich überzeugen, daß ich im ersten Theil meiner Rede nichts Anderes gethan habe, als die Berechtigung dieser Worte zu begründen; ob mir dies gelungen ist, geht aus der Rede selbst hervor und aus dem, was Sie heute noch hören werden. Aber den Vorwurf zu machen, daß ich nichts gesagt hätte zur Rechtfertigung der von mir gebrauchten Worte, widerspricht den Thatsachen und ich theile diesen Vorwurf nur mit, um zu konstatieren, in welcher Weise der Herr Redner aus dem andern Hause seine Urtheile bildet.

Er sagt sodann, daß zuerst 12½ Millionen, von dem Staate bewilligt worden, er verleihe 12½ Millionen, daß nicht 12½ Millionen, sondern 16½ Millionen von der Gesellschaft verlangt sind, weil schon damals angenommen werden mußte, daß der Bau trotz der damaligen niedrigen Preise nicht wohlfeiler ausgeführt werden könne.

Ich habe gesagt: die Vorgeschichte der Konzeption lasse ich gänzlich weg und fange erst an, wo die Konzeptionsvertheilung begonnen hat. Nun steht für alle Welt im Bericht S. 73 zu lesen, daß die Herren Fürst Putbus und Genossen eine Rechnung eingereicht hätten, nach welcher sie 16 Millionen für das Anlagekapital haben wollten. Der Herr Handelsminister aber ließ die Sache prüfen, stellte das Kapital auf 12½ Millionen fest und bewilligte die Bausumme in Höhe von 12½ Millionen. Ich hatte gar kein Interesse Ihnen mitzutheilen oder zu verschweigen, daß diese Gründungskomitee habe früher 16½ Millionen gefordert; jedenfalls ist es mir ganz unerklärlich, welche Schlussfolgerung aus jener Thatsache gemacht werden kann. Soll etwa gefolgert werden, daß der Bau nicht mit geringeren Kosten zu bestreiten war, so wird diese Annahme dadurch widerlegt, daß tatsächlich die Gesellschaft und die Regierung übereinstimmend jetzt angeben, 7 Millionen seien bis jetzt verausgabt und noch 5 Millionen werden für die Vollendung der Bahn gebraucht, so daß heute bei den theuren Preisen der Bau nicht über 12½ Millionen kostet. Indessen die Thatsache an sich lag in der Periode, welche nichts zu thun hatte mit der Ertheilung der Konzeption, und es lag gar kein Grund vor, mich zu beschuldigen, ich hätte den Umstand „geheimlich“ verschwiegen. Sodann sagt der Herr Fürst Putbus: „Daß die Aktien nicht an pari ausgegeben sind, war ein offenes Geheimniß; ich selbst habe nie ein Hehl daraus gemacht.“ Zum Beleg für diesen Punkt will ich vorlesen, was in dem

Berichte steht; die weitläufigeren Angaben über die Aktienzeichnungen vor der Konzeptionsvertheilung lasse ich an dieser Stelle außer Acht. Lesen Sie die zwei folgenden Anweisungen des Herrn Handelsministers ehe die Konzeption ertheilt wurde; einmal ein Jahr vorher wurde dem Fürsten Putbus und dem Prinzen Biron in einem ministeriellen Erlasse vom 22. Mai 1868 im Voraus herbeigehoben, daß die General-entreprise jeder Art ausgeschlossen bleibe und sichere Garantien gestellt werden müssen und daß die gesetzlichen Bestimmungen wegen der vollen Einzahlung streng beobachtet und nicht umgangen werden dürfen, und im August 1869, als dem Gründungskomitee das Vorrecht wegen der Vorarbeiten entzogen wurde, erhielten Fürst Putbus und Prinz Biron Abschrift zur weiteren Verhandlung über ihre Anträge. Vollständige und Vermeidung jeder Generalentreprise wurden nochmals betont. Auf Seite 72 des Untersuchungsberichts finden Sie die beiden Erlasse an den Fürsten Putbus, auf Grund deren er später die Aktienzeichnungen eingereicht hat. Angesichts dessen erklärt zur Berichtigung der Thatsachen der Fürst Putbus im Herrenhause, daß die Ausgabe der Aktien unter pari und keine Vollenziehung ein offenes Geheimniß gewesen sei und er niemals ein Hehl daraus gemacht habe.

„Die Manipulationen, die geschehen müssen, um die Ausgabe der Aktien unter pari dem Gesetze anzupassen, waren die, daß die Baunternehmer aus den Partikeln befreit wurden und es ihnen freistand, dieselben bei einer Bank, die von der Gesellschaft bezeugt war, wieder zu verwerthen.“ Die erste Nachweisung der Zeichnung ist geschehen im März 1870, der Vertrag mit den Baunternehmern, mit denen diese Manipulationen gemacht sein sollen, im Dezember 1871; von demselben Datum ist der Vertrag mit der Baubank. Der Einwand gegen meine Angaben lautet, daß der Herr, der gegen mich spricht, gewisse Manipulationen, das Gesetz zu umgehen, unter Verschweigung gegen den Handelsminister gemacht hat. Das ist eine Rechtfertigung, und dieser Versuch einer Rechtfertigung ist insofern thatsächlich unwahr, als zu jener Zeit ein Vertrag mit den Baunternehmern noch nicht abgeschlossen war. Alles dies ist in dem Berichte dargestellt. Die nächste Nummer der Rede enthält ein Urtheil: „Auf diese Weise sind einige 40 Eisenbahnen gegründet und gebaut, die jetzt zum allgemeinen Wohle wirken, den Aktionären gute Zinsen abwerfen.“ Dies ist ein Urtheil, dessen Unrichtigkeit ich schon nachgewiesen habe; namentlich habe ich hervorgehoben, daß nur wenige Bahnen sich mit dieser Art von Unternehmungen auf eine Linie stellen lassen. Indessen bei dem Urtheile verweile ich nicht länger. Sodann erzählt der Fürst Putbus: „Im Juni 1870 wurde die Konzeption ertheilt, die Kautions sollte kurz darauf eingezahlt werden. Da brach plötzlich der deutsch-französische Krieg aus. Das Geld für die Kautions war beschafft, durch die Zahlungseinstellung eines süddeutschen Hauses wurde das Geld aber nicht rechtzeitig eingezahlt. Ich kann dies Faktum ausdrücklich konstatieren, weil das Geld aus meinen eigenen Mitteln zur Disposition gestellt werden sollte und ich dadurch die empfindlichsten pekuniären Nachtheile von dieser Seite erlitten habe.“ Lauter gleichgültige Thatsachen, die ich nicht erwähnt habe, die auch nicht ermittelt worden sind, sie stehen nicht in den Akten und auch nicht in dem Bericht, sie stehen aber auch in keinerlei Zusammenhang mit dem, was ich hier vorgebracht habe. Der Redner fährt dann fort: „— und verließ Berlin, um die Stellung auszufüllen, die mir während des Krieges angewiesen war.“ Ich schreie daraus, daß der Fürst Putbus eine militärische Stellung inne hat und dies giebt ihm, wenn er den Wunsch dazu hat, gewiß auch die Gelegenheit, mit Rücksicht auf die Ehre die Sache ganz bis zu Ende unterzuchen zu lassen.

„Dann nahm ich von Versailles aus die Verhandlungen wieder auf, zeigte dies dem Minister an, und daß ich, da mehrere Zeichner sich in Folge des Krieges nicht mehr für gebunden erachteten, andere Zeichner beschaffen würde. Diese Verhandlungen hatten auch mit einigen Bankhäusern z. B. Erlanger in London, jedoch ohne Resultat stattgefunden, später im Laufe des Jahres gelang es mit der hiesigen Berliner Bank ein Abkommen zu Stande zu bringen, wonach diese die Aktien übernahm.“

Dies bekannnt der Fürst Putbus, daß der Erlaß der ausgefallenen Zeichnungen nicht zu Stande gekommen sei, bis die Berliner Bank die Aktien übernommen habe. Nun aber in dem Schreiben aus Versailles macht er im Februar 1871 dem Minister die Mittheilung, welche er in einem späteren Briefe, wie folgt, bezeichnet: „Er habe noch aus Versailles die Mittheilung gemacht, daß durch die politischen Verhältnisse Zeichnungen ungültig geworden wären und an deren Stelle andere sichere Häuser und Selbstinstitute getreten seien. Der Minister habe einen näheren Nachweis der Kapitalien freilich nicht gefordert und sei er durch diesen Beweis des Vertrauens beglückt.“ Fürst Putbus hatte also im Februar 1871 von Versailles aus dem Minister mitgetheilt, daß er andere Häuser und sichere Institute als Erlaß für die ausgefallenen Zeichnungen erlangt habe und jetzt erklärt er selbst, daß er damals einen solchen Erlaß nicht gehabt und daß der eigentliche Erlaß bestanden habe in dem späteren Abkommen mit der Berliner Bank. Solche Thatsachen gleichen aber sehr einer Selbstanklage. Der Herr Fürst Putbus fährt fort: „Dem Herrn Minister ist hiervon Anzeige gemacht worden; später gelang es mit der Berliner Bank ein Abkommen zu treffen, wonach sie diese Aktien übernahm.“ Das ist unwahr, die Berliner Bank hat nicht die Aktien übernommen, sie hat nur 2 Millionen von den 12½ Millionen Thaler Prioritätsaktien zu 71 Prozent gekauft und sich das Recht vorbehalten, wenn sie in Zukunft noch wollen sollte, noch 4 Millionen zu 71 Prozent abnehmen zu dürfen. Ein solches Abkommen zu erläutern, daß die Bank die Aktien übernommen habe, spricht gegen die in den Akten ermittelten Thatsachen und ist eine Unwahrheit.

Weiter heißt es: „Dem Herrn Minister ist hiervon Anzeige gemacht, daß die Berliner Bank die Aktien übernommen habe. Meine Herren von dieser Anzeige finden Sie kein Wort in den Akten.“ Dem Herrn Minister ist hiervon Anzeige gemacht worden. Die Anzeige war mündlich gemacht worden; das genügt mir aber nicht und deshalb suchte ich es nachträglich zu konstatieren; das ist meine Korrespondenz mit dem Handelsminister.“

Dieser Punkt ist sehr wichtig. Es thut mir leid, daß der Herr Graf Knapitz in größerer Komplizität mit dieser Handlungsweise gezogen wird, als mir seiner Person wegen lieb ist. Aber eine Entschuldigung ist es für keinen Komploten, wenn Dinge vorgehen, die im Widerspruch mit der Darstellung in den Akten und wider das Gesetz sind. Der Fürst Putbus stellt also den Vorgang dar, daß er in mündlicher Unterhaltung dem Grafen Knapitz angezeigt habe, daß er für die ausgefallenen Aktien einen anderen Erlaß nicht gefunden, daß aber die Berliner Bank sämtliche Aktien übernommen habe. Dies sei mündlich geschehen. Vergleichen Sie hiermit, wie der Brief lautet, in welchem der Fürst Putbus die Verschweigung von dem Grafen Knapitz verlangt, weil er sie anvertraut brauche. „Er habe aus Versailles Mittheilung darüber gemacht, daß durch die politischen Verhältnisse Zeichnungen ungültig geworden, an deren Stelle aber andere sichere Häuser und Selbstinstitute getreten seien; der Herr Minister habe einen näheren Nachweis dieser Kapitalien nicht gefordert und er, der Fürst

Putbus, sei für den Beweis dieses Vertrauens sehr dankbar. Indessen der Herr Minister werde wohl vernommen haben, daß durch die Vermittelung der Berliner Bank Aktien, welche nicht mehr von fremden Häusern genommen worden, im Inlande platziert seien; es komme ihm den früheren Zeichnungen gegenüber darauf an, eine Bescheinigung darüber zu empfangen, daß er den Nachweis vor dem Minister geführt habe, daß das Kapital beschafft sei; er bitte daher, in einem Schreiben auszusprechen, daß die Staatsregierung von einer Vertheilung anderer Personen, als der ursprünglichen ausländischen Zeichner, vor der Aushändigung der Konzeption Kenntnis erlangt habe.“ Und darauf giebt der Minister die Antwort: „Der Fürst habe ihm im Februar 1871 von Versailles aus die Mittheilung gemacht.“ — ob Graf Ikenplitz im Jahre 1871 in Versailles gewesen ist, bezweifle ich sehr; er ist meines Wissens nie auf dem Kriegsschauplatz gewesen. Auch deuten die Worte „aus Versailles“ darauf hin, daß es ein Brief war, welchen der Fürst Putbus im Februar 1871 von dorthier geschrieben hat. Und nun frage ich: klingt der Brief vom 6. Januar 1872 als von einem ohne Hintergedanken geschrieben, daß aus dem Zerte desselben entnommen werden kann, alle früheren Zeichnungen haben ihre Gültigkeit verloren und die Berliner Bank sämtliche Aktien übernommen? Ist es möglich, dies aus dem Briefe herauszulesen? Möglich, daß die Absicht des Briefes nicht klar aus dem Wortlaut hervorgeht, so daß der Leser zu keiner vollständigen Beurtheilung des Falles gelangt. Sie haben den Brief des Fürsten Putbus gehört und nun hören Sie, was der in Mitleid gezeugene, aber gewiß ganz unschuldige Weise in Mitleid gezeugene Graf Ikenplitz nach Ausweis der Akten dem Fürsten Putbus antwortet. Er antwortet am 8. Januar 1872: „Daß ihm durch den Fürsten Putbus im Februar 1871 — also vor Aushändigung der Konzeption — über die Lage des Unternehmens Mittheilung gemacht und dabei angezeigt sei, daß das Gründungsfomite für den in Folge des Krieges voraussichtlich eintretenden Ausfall im Auslande Ersatz gefunden habe.“ Dies Schreiben bezieht sich also auf die Mittheilungen des Fürsten Putbus aus Versailles vom Februar 1871. Der Vertrag mit der Berliner Bank ist geschlossen Anfangs Dezember 1871; es war also unmöglich, daß schon im Februar 1871 dieser Ersatz gefunden gewesen. Der Vertrag mit der Berliner Bank wäre gewiß nicht während des Krieges im Februar 1871 abgeschlossen worden und damals war ja auch der Fürst mit den Interessen des Landes in Versailles gewiß sehr beschäftigt. Als Datum des Vertrages steht übrigens der 9. Dezember 1871 in den Akten fest. Welches Bündel von thatsächlichen Unwahrheiten hier erzählt wird! Thatsächlich unwahr ist, daß die Berliner Bank sämtliche Aktien übernommen habe. Sie kennen den Vertrag, durch welchen diese Bank nur 2 Millionen Thaler Prioritäts-Aktien für 71 Prozent gekauft hat. Thatsächlich unwahr ist, daß der Fürst Putbus dem Minister mündlich mitgeteilt habe, daß die Berliner Bank an die Stelle sämtlicher Aktienzeichner getreten sei. Und dies sollen glaubwürdige Widerlegungen der Angaben sein, welche ich hier gemacht habe.

Der Abgeordnete Lasker hat ferner gesagt, daß 200,000 Thaler Stammapien der Bauunternehmer versprochen wären zur Umwandlung in eine Prioritätsanleihe. Eine solche Umwandlung ist auch beabsichtigt worden, natürlich aber war sie nur in Aussicht gestellt mit Genehmigung des Staatsministeriums und der Generalversammlung, weil sich schon damals herausgestellt hatte, daß das Aktienkapital zu niedrig gegriffen war und man hoffte durch die Umwandlung einen bessern Cours zu erzielen.“

Ich habe dies ausdrücklich mitgeteilt. Sie finden in den stenographischen Berichten meiner Rede, den ich erst heute morgen gleichzeitig mit der Rede des Fürsten Putbus erhalten habe, auf Seite 1651 meine Mittheilung, daß die Umwandlung der 2 Millionen Aktien in Obligationen abhängig gemacht worden ist von der Genehmigung der Regierung. Ich weiß also nicht, warum diese Thatsache als von mir verschwiegen dargestellt wird.

Ich werde ferner bescheiden: „Der Abgeordnete Lasker hat — ich weiß nicht, aus welchen Gründen — verschwiegen, daß dieser Vertrag mit dem Baukonzortium durch Lösung lange aufgehört hatte zu existieren, daß dieser eventuelle Verlust nicht zur Geltung gekommen wäre, sondern alle Ansprüche mir persönlich zur Last fallen würden.“

Dieses „hatte“ macht so den Eindruck, daß man nicht weiß, zu welcher Zeit der Vertrag mit den Bauunternehmern aufgelöst worden ist; ich aber habe das vorige Mal ausdrücklich nach den Akten berichtet, daß vor einem Jahre der Vertrag mit den Bauunternehmern aufgelöst worden ist. Ich habe den Umstand also nicht verschwiegen, sondern dem Datum nach noch genauer als der Fürst Putbus mitgeteilt. (S. 1651 des stenographischen Berichts). Daß alle Lasten auf den Fürsten Putbus zurückfallen, weiß ich bis zu diesem Augenblicke nicht; ich habe nicht gehört, daß der Fürst für Alles verantwortlich gehalten wird. Dieser Umstand ist nirgends konstatirt. Ich habe ausdrücklich berichtet, die Untersuchungskommission habe um die Einsicht der mit den Bauunternehmern geschlossenen Aufhebungsverträge gebeten, es sei aber ausdrücklich diese Einsichtnahme von dem Direktor Windmüller, war nicht nach dem Wunsche seiner eigenen Person, aber auf Veranlassung der Verwaltung verweigert worden, weil diese sie als eine diskretionäre Angelegenheit der Gesellschaft nicht der Kenntnis der Untersuchungskommission hat unterbreiten wollen.

Was der Abg. Lasker nun als Betrug meinerseits zu bezeichnen beliebt hat, das sind Zeichnungen, welche die Bauunternehmer Bernhard und Thiele gemacht haben; ich konstatire, daß es keineswegs diejenigen sind, von denen ich dem Minister Anzeige gemacht habe. Ich habe angezeigt, daß die Berliner Bank die Aktien übernommen habe, was auch wahr ist, und diese Zeichnungen sind nur diejenigen, welche heute zur Wahrung der gesetzlichen Vorschriften von den Bauunternehmern gemacht sind.“

Es findet sich in den Akten nicht die Anzeige: die Berliner Bank habe die Aktien übernommen; es ist nicht wahr, daß die Berliner Bank die Aktien übernommen hat; endlich schuldig ist der Fürst Putbus allein an, daß er diese Manipulationen gemacht hat, um die Wahrheit zu verdecken, und diesen Abschnitt schließt der Redner mit den Worten ab: „Ich muß also die Behauptung des Abg. Lasker als Entstellung der Wahrheit hinstellen.“

Also ich theile mit, was in dem Bericht der Untersuchungskommission ermittelt ist, was mit den Akten des Handelsministeriums übereinstimmt und was theilweise selbst durch die Angaben des Fürsten Putbus bestätigt wird. Dagegen gefällt es ihm, einen anderen Teil offenwidrig darzustellen und dabei erklärt er meine offenmässige Darstellung als eine Entstellung der Wahrheit.

Was nun die 500,000 Thaler betrifft, von denen der Abgeordnete Lasker behauptete, sie wären der Berliner Bank nicht übergeben, sondern zur Entschädigung der Gründer verwendet, so kann ich dies nur als böswillige Entstellung der Thatsachen konstatiren. Wenn der Abg. Lasker sich die Mühe gegeben hätte, die Bücher einzusehen, so würde er erfahren haben, daß dieselben vorschriftsmäßig unter Reserve gestellt worden waren.“

Seien Sie meine Rede nach und Sie werden finden, daß ich gesagt habe, ich weiß nicht, was mit den 500,000 Thlr. geschehen sei und ich wolle eine Bemerkung hieran nicht knüpfen; die Thatsache wollte ich nur feststellen, daß erhebliche Summen auch in Aktien an die Gründer ausgezahlt worden seien, und daß diese eben nur entnommen worden sein müßten aus jenen 500,000 Thalern. Dagegen erzählt es der Fürst Putbus so, daß ich als Thatsache konstatirt hätte, die 500,000 Thaler seien für die Gründer verwendet worden. Daß aber meine Behauptung richtig ist, daß Aktien in großem Betrage an die Gründer gezahlt worden sind, lesen Sie in dem Berichte der Untersuchungskommission nach, in welchem es wörtlich heißt: „Der Direktor Windmüller hat aus den mit dem Bankkonzortium geschlossenen Verhandlungen ergeben, daß dasselbe mit einem der Gründer, dem Fürsten Putbus, eine Vereinbarung getroffen habe, inhalts deren das Erstere sich verpflichtete, dem Letzteren sämtliche Auslagen für die Vorarbeiten (oder Vorbereitungen) des Unternehmens, sowie die Bemühungen mit 180,000 Thlr. baar und 120,000 Thlr. in Stammapien der Berliner Nordbahn zu vergüten, wobei dem Fürsten Putbus die etwa erforderliche Auseinandersetzung mit den übrigen Mitgliedern des Gründungskomitees und den sonst beteiligten Personen überlassen bleiben.“ Lesen Sie die Worte meiner Rede nach, und urtheilen Sie, ob ich diesen

Passus des Berichtes nicht eher noch schonend wiedergegeben habe. (Sehr richtig! links.) Darüber aber enthält meine Rede nichts, daß diese 500,000 Thlr. an die Gründer vertheilt worden seien. (Rufe rechts: Schluß!) Es scheinen einige der Herren ungeduldig zu sein, aber Sie werden mir zugeben, wenn vor dem ganzen Lande behauptet wird, ich hätte die Wahrheit böswillig entstellt, ich sei dem Strafrecht verfallen und wäre nur gedeckt durch die Tribüne des Hauses, daß mir das Recht zustehe, jede einzelne Thatsache genau nachzuweisen (sehr richtig! links), wie man dem Fuchs in seine Höhle folgen muß. Wenn ich bloß im Allgemeinen Ihnen die Erklärung geben würde, daß die Behauptungen des Fürsten Putbus nicht richtig seien, so würde man mir vorwerfen, ich hätte mir die Sache leicht gemacht und so würde es vielleicht auch im Lande aufgeföhrt werden. Ich aber wünsche, daß das Land wisse, wer Fürst Putbus ist und wer ich bin (Heiterkeit) und daß die Verhandlungen offen bis zum Ende geführt werden. Fürst Putbus sagt: „Was nun die 500,000 Thlr. betrifft, von denen der Abg. Lasker behauptete, sie wären der Berliner Bank nicht übergeben, sondern zur Entschädigung der Gründer verwendet, so kann ich dies nur als böswillige Entstellung der Thatsachen konstatiren.“ Und nun fragt der Fürst Putbus, warum ich denn die Bücher der Gesellschaft nicht eingesehen hätte? Als ob die Bücher der Gesellschaft zur Einsicht nur anbehalten wären! Im Gegenteil, es ist in der Untersuchungskommission die Frage ausdrücklich gestellt worden, ob die Bücher eingesehen werden könnten und die Einsicht ist der Kommission verweigert worden, ebenso wie die Herausgabe der Verträge, die mit den Bauunternehmern geschlossen waren zur Auflösung des Bauvertrages. Der Fürst Putbus sagt ferner: „Der Vertrag mit den Bauunternehmern zeigte sich auf die Länge als nicht haltbar. Die Leute hielten die Lieferungszeiten nicht ein, verlangten Vorlässe, die man nicht bewilligen konnte, und so wurde dieser Vertrag aufgelöst.“ — ich schalte ein: im vergangenen Jahre. — Es wurden ihnen die Kontrakte, welche sie mit den Material- u. f. w. Lieferanten unter sehr günstigen Bedingungen abgeschlossen hatten, abgekauft und darin bestand die Entschädigung.“ Sie werden sich erinnern, daß ich Ihnen diese Mittheilung ausdrücklich gemacht habe als Behauptung des Direktors Windmüller, daß ich aber erklärt habe, die Verträge selbst seien uns nicht vorgelegt worden. „Der Abg. Lasker hat in der Untersuchungskommission konstatirt, daß die Gesellschaft durch diese Auflösung gute pekuniäre Geschäfte gemacht habe. Warum er das verschweigt und nur die Punkte erwähnt, die ihm opportun erscheinen, ist mir unerfindlich.“

M. S., ich habe nie die Verträge gesehen, ihr Inhalt ist der Untersuchungskommission nie mitgeteilt worden, und nun wird mir angebicdet, ich hätte in der Kommission gesagt, die Gesellschaft habe durch die Auflösung des Bauvertrages gute pekuniäre Geschäfte gemacht. Ich weiß bis heute zu Tage noch nicht, was in dem Auflösungsvertrage steht. Gesagt habe ich allerdings nach der Aussage des Direktors Windmüller, daß mir der Wahrheit entsprechend erscheint, was der Direktor behauptet hat, daß die Auflösung des Vertrages mit den Bauunternehmern die Gesellschaft vom sicheren Ruin gerettet habe. Was sonst die Auflösung des Vertrages zurückwirft zum Vortheil oder Nachtheil der Gesellschaft, darüber konnte ich nicht die allgeringste Kenntnis haben, und ich weiß wirklich nicht, wodurch der Irrthum über meine Äußerung in der Untersuchungskommission bewirkt worden ist. Ich berufe mich auf das Zeugnis sämtlicher Mitglieder derselben, daß keiner von ihnen Nachricht darüber erhalten hat, worin die Auflösung des Bauvertrages bestanden hat, außer in Betreff der formellen Seite, daß die Bauverträge an die Gesellschaft cedirt und die Verfügung über die Aktien anders geordnet worden sei.

Außerdem, sagt Fürst Putbus über mich, hat er Zweifel ausgesprochen, daß wirklich ein Verth von 7 Millionen Thlr. schon vorausgabt sei. „Ich konstatire, daß es jetzt schon 8 Millionen Thlr. sind. Er hat diese Zweifel auch der königlichen Staatsregierung gegenüber geäußert: solamen miseris.“

Trost für mich Unglücklichen, daß ich behauptet habe, es seien nicht 7 Mill. vorausgabt, oder wie der Fürst Putbus sagt, gar 8 Millionen. Meine Herren, ich habe eine Rechnung aufgemacht, die ich in Händen habe, aus welcher hervorgeht, daß, wenn sämtliche Aktien zum höchsten Cours, die Prioritätsaktien zu 71 Prozent, die Stammapien zu 59 Prozent verkauft worden, und wenn ganz und gar nichts Anderes ausgegeben wäre als die unmittelbare Verwendung aller Einnahmen auf den Eisenbahnbau, so würden immer noch nicht 5 Mill. herauskommen. Zu berücksichtigen seien viele Ausgaben, welche die Herren anders als auf den Bau aufgewendet hätten, Abfindungen wären an die Gründergegeben, Stammapien weit unter 59 Proz. verkauft. Dies Alles vermindere die Einnahmen, und ich wüßte nicht, wie viel auf den Bau verwendet worden sei. Nun soll ich „Unglücklicher“ mich trösten damit, daß, obgleich in Wahrheit 8 Millionen ausgegeben seien und ich doch die Behauptung aufrecht erhalten habe, es können noch nicht 7 Millionen auf den Bau ausgegeben sein. Ich fordere jeden Rechenmeister auf, wie bei der Lage, welche die Regierung in ihrer Gesetzesvorlage anerkennt, die Möglichkeit vorhanden ist, daß 7 Millionen wirkliches Kapital aus dem Erlös der Aktien bereits beschafft worden, und dieser Betrag im Bau verausgabt worden sei. Fürst Putbus schließt den thatsächlichen Teil seiner Rede mit den Worten ab: „Der letzte Punkt von den 3,100,000 Thlr., welche wir noch in unserem Besitze haben, ist noch zu erwähnen.“ In diesem Satz ist kein beleidigendes Wort gegen mich enthalten, nicht einmal die Behauptung, daß ich unwahre Thatsachen angeführt hätte. Aber ich erinnere Sie daran, daß, als über die Nordbahn verhandelt wurde, zur Rechtsfertigung der Vorlage gesagt wurde, es existire keine Personenmehrheit mehr zwischen der jetzigen Gesellschaft und den ursprünglichen Gründern. Wenn ich dem Fürsten Putbus trauen darf, so scheint er mir noch gegenwärtig eine sehr bedeutende Rolle in der Gesellschaft zu spielen. Nun sagt der Fürst Putbus und damit schließt er den ersten, fast unschuldigen Teil seiner Rede, denn der Inhalt dieser Rede war zuletzt doch gegen ihn selbst gerichtet (Heiterkeit) insofern, als das Material überall gegen ihn zeugt und nunmehr durch Geständnisse ganz klar gestellt ist. Also Fürst Putbus sagt: „Alles was ich auf die einzelnen Punkte erwidert habe, beruht auf Wahrheit; ich bin in der Lage, ihnen die Dokumente vorzulegen; ich behalte mir aber vor, auf andere Weise ihnen meine Behauptungen zu beweisen, und die des Abg. Lasker zu entkräften.“ Wenn der Fürst Putbus das gesamte Beweismaterial für das, was er behauptet, herbeibringt, dann vertraue ich ganz gern einem Ehrengerichtete die Entscheidung an, ob irgend ein Wort, welches ich in meiner früheren Rede erwähnt habe, auch nur modifizirt zu werden braucht und ob es in seiner Kraft nicht noch zurückbleibt hinter dem, was die Thatsachen tragen, die der Fürst Putbus als Selbstzeugnis angiebt. Bei einem der schwersten Punkte entschuldigt er sich freilich damit, er habe den Grafen Ikenplitz zum Mitschuldigen gehabt, mit welchem er mündlich Anderes verhandelt habe, als die Akten ausweisen; was ist eine solche Entschuldigung werth? Zumal da die angeblich mündlichen Verhandlungen nicht allein gegen den Inhalt der Akten, sondern auch gegen die Wahrheit der Thatsachen verstoßen. Den häßlichen Uebergang von dem ersten zum zweiten Theil der Rede möchte ich nicht selbst verlesen; ich finde ihn gemildert durch eine Bemerkung des Herrn Präsidenten des Herrenhauses, der mit Recht annahm — ich nehme dies auch an — daß Hr. Fürst Putbus in einer entschuldigen Erregtheit sich befand und deshalb Ausdrücke gebrauchte, die an sich schon ein gebildeter Mensch nicht zu gebrauchen pflegt, die aber für mich abgethan sind dadurch, daß der Herr Präsident des Herrenhauses sie zerlegt hat. Nun ist zwar Fürst Putbus dem Herrn Präsidenten dankbar dafür, daß er ihn auf das Angehörige in der Rede aufmerksam gemacht, es kommt aber später noch Ausdrücke, die ich um unserer Würde willen nicht gern wiederhole, weil sie nichts sagen als Beleidigungen und keinerlei Thatsache enthalten. Vorgelesen werden mir dann die beiden Paragrafen des Strafgesetzbuchs — und das ist eine unbestreitbare Wahrheit in der Rede des Fürsten Putbus — Beleidigungen werden bis zu einem bestimmten Strafmaß geahndet und auch Verleumdungen bis zu einem bestimmten Strafmaß. Die Richter pflegen aber zu untersuchen, ob der Thatbestand der Verleumdung vorliegt, — Sie, meine Herren, sind Richter, ich unterwerfe mich Ihrem Spruch, ob in meiner Darstellung eine Verleumdung oder eine Entstellung von Thatsachen gefunden werden kann, selbst nach dem Bericht des Fürsten

Putbus selber. „Ich habe mich gefragt, fährt Fürst Putbus fort, welche Motive den Herrn wohl veranlaßt haben dürften, die Angriffe gegen mich ganz persönlich auszusprechen. Das im Abgeordnetenhause von ihm nicht beifällig ausgenommene Wort Rantline dürfte, wie es scheint, nicht ganz unangebracht sein.“ Nun, meine Herren, ich habe in der That sofort den Ausdruck des Finanzministers bedauert, weil ich geahnt habe, daß solche Ausdrücke sofort benutzt werden, um daran sich anzuklammern. Der Finanzminister hat mir privatim nachgewiesen, daß er in seiner Rede diesen Ausdruck gar nicht auf mich angewendet hatte, sondern hypothetisch auf uns Alle. Er hat aber öffentlich und ausdrücklich das Wort zurückgenommen und ich halte deshalb die Sache zwischen uns für völlig abgethan. Aus vollem Herzen kann ich Ihnen versichern, daß mir der Fürst Putbus so unbekannt ist in seinem ganzen Lebensschicksal mit allen Interessen seiner Persönlichkeit, mit seinem Verdienst, seinem Unverdienst, gerade wie ein Schmidt oder Müller im ganzen Königreich, nur daß ich weiß, daß er weitläufige Besitzungen hat; er belehrt mich später, daß ich über den Werth seines Besitzes falsche Vorstellungen habe. Es giebt durchaus keine Beziehungen zwischen ihm und mir, die mich irgendwie mit irgend einer Absicht gegen ihn erfüllen könnten. Diese Art von Arbeit, wie ich heute hier vollbringen muß, thue ich mit dem größten Widerstreben. Unser Herr Präsident hat im Laufe dieser Session drei oder viermal mich gefragt und es der Lage der Sache nach für entscheidend gehalten, ob ich wünsche, daß der Untersuchungsbericht auf die Tagesordnung des Hauses gestellt werde. Schon vor Weihnachten ist diese Frage an mich ergangen, zu Ostern wieder, und ich habe immer erklärt, ich persönlich will diese Frage nicht entscheiden, ich will abwarten, ob das Haus die Verhandlung wünschen wird, damit nicht auf mir die Meinung ruhe, daß ich Freude daran hätte, derartige Dinge öffentlich zu verhandeln. Ich bin mit Verleumdungen und argen Verdächtigungen während der Dauer der Kommission in den öffentlichen Blättern verfolgt worden, ich habe niemals eine Silbe erwidert. (Sehr richtig!) Ich habe keine Nachricht über das gegeben, was in der Untersuchungskommission vorgegangen ist. Aber wenn die Dinge uns aufgedrängt werden, dann bin ich verpflichtet zu sprechen. Wenn mir über den Bericht verhandelt werden, werde ich meine Pflicht erfüllen; aber niemals suche ich die Gelegenheit, um über derartige Dinge zu reden, und der Fürst Putbus wäre für mich sicher gleich gewesen, wenn nicht zufällig die Vorlage wegen der Nordbahn an uns gekommen wäre und ich für äußerst gefährlich für die Anschauungen dieses Hauses gehalten hätte, wenn das Gesetz angenommen wäre. Das wird mir der Herr Handelsminister bezeugen, daß ich nicht den allgeringsten Antheil daran hatte, daß dieses Gesetz in das Haus gebracht wurde. (Heiterkeit.) Ich fand die Vorlage vor und war verpflichtet, sie nach meiner besten Kenntnis zu kritisiren. Ich habe aber die Gelegenheit nicht herbeigeführt und ich kann versichern, daß jedes Motiv, welches auch nur nachbarlich sich dem Wort Rantline nähert, vollständig ausgeschlossen ist. Ich weiß wohl, daß Manche glauben, ich hätte eine Freude daran, gerade die Dinge, welche in hohe Gesellschaftskreise eingreifen, zur Sprache zu bringen. Sie dürfen mich wirklich auch von dieser Schuld freisprechen, denn ich habe weit größere Freude daran, wenn ich sehe, nie die Rechte des Volkes in jenen Kreisen vertheidigt werden und wie Mitglieder jener Kreise oft gute Beispiele der Nation geben. Aber ich halte mich für verpflichtet, wenigstens vor diesem Forum zu zeigen, daß Dinge, die an sich unerlaubt sind, nicht ungetadelt bleiben und beim rechten Namen genannt werden (Sehr gut!), siehe der Name noch so hoch! Es geht in dieser Beziehung die Namen durcheinander, von Putbus an bis Thiele-Bernhard und wie alle die Agenten in solchen Angelegenheiten heißen, ohne Unterschied ihrer äußern Stellung. Einen anderen Grund habe ich nicht. Im zweiten Theil der Rede kommt Fürst Putbus zu Erklärungen, welche wieder einige schlimme Redensarten, aber keine Thatsachen bringen. Unschuldiger sind folgende Worte des Fürsten Putbus: „Die großen politischen Ideen, welche der Abg. Lasker verfolgt, lassen ihn nicht den Lokalspatritismus — wenn ich mich so ausdrücken darf — bereifen, den wir Landeshemmer für unsere heimische Provinz haben.“ Nun ist ja möglich, daß der Fürst Putbus einen Lokalspatritismus bei der Gründung der Nordbahn gehabt hat. Er war aber ferner beteiligt bei der Halle-Sorau-Gubenener Eisenbahn und einer Eisenbahn von Mankfa nach Marienburg in Westpreußen, übrigens eine Bahn, die bereits durch eine aufgelagte Konzeption gesichert war; aber der Fürst Putbus in Gemeinschaft mit Herrn Bleichröder und anderen Banquiers suchte die Konzeption nach und hätte sie bei nahe bekommen. (Heiterkeit.) Der Lokalspatritismus des Fürsten reicht also über Pommern, die Provinz Preußen und die Mark, ein sehr ausgedehnter Lokalspatritismus. Der Herr ist beinahe in der Lage, diese Summe von Lokalspatritismus zu addiren zum Patriotismus im Allgemeinen und den verstehe ich schon. (Heiterkeit.) Von mir nämlich sagt der Fürst Putbus: „Er verfolgt große politische Ideen; dieselben sollten aber, meine ich, wenigstens ihn nicht veranlassen, nur Lust am Zerstreuen zu finden, ja ich glaube, sie sollten ihn auch die Lust zu erheben geben.“ Ich knüpfe an diese Worte an, weil der Vorwurf oft wiederholt; ich rufe Sie zum Zeugnis an, ob ich jemals einer produktiven Anlage, die an das Haus gebracht worden ist, mit einer Rede mich widersetzt habe, ob ich nicht viele produktive Ausgaben im Handelsministerium mit der größten Freude begünstigt habe, wie z. B. die Ausgabe für den Kanalbau. In der Untersuchungskommission habe ich überall die Aufmerksamkeit darauf zu lenken gesucht, wie durch die Unterstützung des Staates die soliden Unternehmungen der Gemeinden und Provinzen unterstützt werden sollte. Haben Sie je bei solchen Gelegenheiten mich als einen gefunden, der zerstört und nicht die Lust hat, auch wieder mitaufzubauen? Aber ich habe oft wiederholt: Das Staatswesen kann nicht allein von der körperlichen Produktion bestehen, es giebt auch sittliche Mächte, die im Staatsleben befriedigt sein wollen, und wenn ab und zu durch die Verfolgung schädlicher Beispiele dieses Gefühl im Volke gefördert wird, so ist dies gleichfalls eine produktive Aufgabe. (Sehr wahr!) Wenn durch die Unterdrückung unsolider Unternehmungen das Land gewonnen wird, so wird unendlich viel mehr durch das Warnen vor Schaden genützt als durch den Ruin unsolider Unternehmungen geschadet wird. Leider meinen im Lande sehr viele über das, was ihnen durch ihre Verleitung zur Theilnahme an der Nordbahn geschehen ist, wie ich durch tägliche Briefe belehrt werde.

Nun kommt also ein Hauptangriff gegen mich: „Wie können Sie wissen, werden seit Jahr und Tag Millionen und abermal Millionen aus dem Unfluth Anderer von einer gewissen Klasse Menschen gewonnen“ — der Fürst Putbus meint nicht diejenigen, die Unternehmungen wie die Nordbahn gemacht haben, sondern er meint Andere, zu denen ich gehöre (Heiterkeit). — und ich konstatire im Interesse der öffentlichen Moral zu meinem Bedauern die Thatsache, daß vor und nach den Lasker'schen Reden an der Börse für die ungeborenen Summen à la baisse spekulirt wird. Daß diese Manipulationen dem Abgeordneten Lasker nicht fremd sind, muß ich annehmen. (Phil. Wui! links.) Es hat einmal ein im Staate höher gestellter Mann, als der Fürst Putbus in dieser Angelegenheit erscheint, einen gleichartigen Vorwurf, der ihm in die Feder flüßte war, in viel gelinder Form vor dieses Haus gebracht; es war dies der Feldmarschall Graf Roon, er hatte aber noch vor Beginn der Verhandlungen Erkundigungen angeheißt und wie ein Mann von Ehre hat er sofort und ungefordert erklärt, daß er sich völlig geirrt habe und mit Bedauern diesen Theil des Briefes zurückziehe. Ob ich nun nach diesem und nach dem, was Sie sonst von mir wissen, hierauf eine Antwort zu geben brauche — (Nein! Nein! links) — Sie beantworten es mir Nein, und ich hoffe, das Land wird es in gleicher Weise thun. Und doch war diese Anschuldigung der Grund, weshalb der Fürst Putbus so viel Gewicht darauf legt, daß ich meine Rede früher der Nationalzeitung zugesandt hätte, damit die zur rechten Zeit wisse, wie spekulirt werden solle.

Nachdem er nun durch den Unwillen links und in der Mitte des Hauses über den Sinn dieser Worte aufgeklärt war, fuhr er fort: „Wenn er denselben — nämlich den Baissespekulationen — fremd ist, dann läßt er sich von den Leuten in dieser Richtung mißbrauchen. Und zuletzt kommt die Moral: „Wenn nach dem Abg. Lasker nach Gewinn jagen unmoralisch ist, dann ist aus dem Verlust der Andern Gewinn jagen ein Verbrechen und macht sich der Abg. Lasker dieses Verbrechen

mittelschuldig" (Heiterkeit links). M. S., diejenigen, welche sich dieses Verbrechens schuldig gemacht haben, sollen vor dem Lande gezeigelt werden, darin stimme ich mit dem Fürsten Putbus überein. Urtheile über Sie aber nach der Darstellung, die ich im ersten Theil über die That- sachen gegeben habe, was das Urtheil werth ist, das der Fürst Put- bus moralisch über mich fällt, und ob der Fürst Putbus den von ihm beabsichtigten Zweck der Rede erreicht hat, welcher allein vom Herrn v. Kleist-Rekow mit Bravo belohnt worden ist. (Lebhafter Beifall links.)

Das Haus tritt in seine Tagesordnung ein und genehmigt ohne Diskussion in dritter Berathung die Erweiterung der Zinsgarantie für die Bahn von Halle nach Kassel und den Gesetzentwurf, betreffend die Vollendung der Bahnen von Hanau nach Offenbach, von Tilsit nach Memel und von Ansbach nach Gassen. Dann folgt die dritte Berathung der Eisenbahnanleihe von 50,600,000 Thlr. In der allgemeinen Debatte plädiert Abg. Sundt von Gassen für die Linie von Posen über Pögnitz und Schneidemühl nach Belgard, Hagenwalde und Stolpmünde. Die erste Staatsbahn, die Posen bekommen, müsse notwendigerweise von der Provinzialhauptstadt ausgehen.

Abg. Graf v. Königsdorff begrüßt die Vorlage als eine solche, welche der durch den 30jährigen und 7jährigen Krieg besonders hart mitgenommenen Provinz Pommern gerecht werde.

Abg. v. Mallinckrodt: Es ist die Pflicht des Hauses Einzel- und Gesamtinteressen richtig gegeneinander abzuwägen. In dieser Beziehung sind sowohl die Motive der Regierungsvorlage als der Bericht der Kommission äußerst dürftig. Eine Anleihe von 50 Mill. wird jetzt nicht so sorgfältig geprüft, wie unter der alten preussischen Finanzverwaltung etwa die Ausgabe für eine Chaussee. Das ist äußerst bedenklich. Die hier in Aussicht genommenen Bahnen haben in der That keine große Bedeutung; sie berühren Orte mit einer Bevölkerung von höchstens 3000 Seelen und werden daher nur spät und sehr wenig rentiren. Eine richtige Finanzpolitik müßte langsam dem Bedürfnisse folgen: gehen wir so stoßweise vor, so wird der Rückschlag nicht ausbleiben.

Abg. Seelig bedauert, daß für den Ausbau der Eisenbahnen in Schleswig-Holstein noch fast gar nichts geschehen ist, wie ein Blick auf die Karte zeigt.

Ministerialdirektor Weißhaupt: Die Stadt Posen kann sich über Vernachlässigung nicht beklagen, denn nach allen Richtungen hin gehen von Posen Eisenbahnen aus; man hat auf die Wünsche der Bevölkerung immer billige Rücksicht genommen. Die Entwicklung der hier vorgeschlagenen Bahnen wird zwar keine rapide, aber doch eine ruhige und stetige sein. In Schleswig-Holstein ist der Ausbau der Eisenbahnen noch nicht in der erwünschten Weise vorgeschritten, die Staatsregierung wird es sich aber angelegen sein lassen, auch dieser Provinz gerecht zu werden.

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen.

In der Spezialdiskussion über § 1 spricht Abg. Stengel die Erwartung aus, daß die Staatsregierung schon im nächsten Jahre einen Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung von Prämien für den Privateisenbahnbau einbringen werde. Ein solcher sei allein geeignet, das Eisenbahnwesen wieder auf gesunde Wege zu bringen.

Der Handelsminister: Ob die Staatsregierung im nächsten Jahre einen solchen Gesetzentwurf einbringen wird, steht dahin. Die Voraussetzungen, welche für denselben notwendig sind, liegen jetzt thatsächlich nicht vor. Ich kann aber versichern, daß mir nichts ferner liegt, als die Selbstthätigkeit auf irgend einem industriellen Gebiete zu tödten. Ich erachte es aber für einen schlechten Zustand des Landes, wenn man erwartet, daß ich mich durch den Einfluß der von dieser oder jener Provinz abgesandten Personen bestimmen lassen könnte; mir wäre es am liebsten, wenn mir eine gesetzliche Vorchrift den Verkehr mit diesen Abgesandten untersagte. Ich werde ihren Einfluß vielmehr mit dem fernhalten. Die gegenwärtige Vorlage hat die Staatsregierung selbständig und unabhängig von persönlichen Wünschen erlassen, nachdem dieses hohe Haus selbst im vorigen Jahre die Aufforderung an sie gerichtet hat, diese Vorlage einzubringen. Ich empfehle Ihnen diese nochmals dringend zur Annahme. Die Staatsregierung hält es für ihre Pflicht die Gewerbsthätigkeit neu zu beleben oder doch wenigstens auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Und die Thatfache dürfen wir nicht unberücksichtigt lassen, daß wir auf vielen Gebieten erst am Anfang der Krisis stehen, deren Verlauf zu erleichtern mit einer der Zwecke dieser Vorlage ist.

§§ 1 und 2, also die sechs bekannten Linien, werden hierauf in der in zweiter Berathung angenommenen Fassung genehmigt.

In § 3 war gestern auf den Antrag des Abg. Richter (Hagen) folgende Bestimmung aufgenommen worden: „Der hierbon jährlich flüssig zu machende Betrag ist im Staatshaushaltsetat vorzusehen. Im Jahre 1874 sind nicht mehr als 5,000,000 Thlr. zu verwenden.“ Heute beantragt derselbe Abgeordnete hinter 5,000,000 Thlr. einzufalken: „im Jahre 1875 nicht mehr als 10,000,000 Thlr.“ Mit diesem Zusatz wird § 3 und schließlich das Gesetz im Ganzen definitiv genehmigt.

Ohne jede Diskussion wurde in dritter Berathung der Gesetzentwurf betreffend die außerordentliche Tilgung von Staats- schulden angenommen.

Dann erstattet der Abg. Birchow als Referent der Budgetkommission mündlichen Bericht über die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben, sowie der Etatsüberschreitungen des Jahres 1872. Die Etatsüberschreitungen belaufen sich auf 11,160,041 Thlr. Davon hat die Kommission nur 3 Punkte zum Gegenstand von Anträgen gemacht:

1) Die Ueberschreitung der Position zur Unterhaltung der techni- schen Lehranstalten in den Provinzen: „Nachdem die Staatsregierung zugestanden hat, daß nach der jetzigen Einrichtung des Etats die An- stellung neuer Lehrer und die Aufnahme neuer Schulen auf diesen Titel im Laufe des Etatsjahres nicht mehr zulässig ist, die Mehraus- gabe von 44,948 Thlr. 27 Gr. 7 Pf. zu genehmigen.

2) Die Ueberschreitung des Dispositionsfonds für die Verwaltung des Innern, zu welcher die Kommission beantragt: a. die Erwartung auszusprechen, daß die Dispositionsfonds künftig nicht mehr überschrei- ten, sondern etwaige, den Etatsbetrag überschreitende Ausgaben als außeretatmäßige nachgewiesen werden, b. für diesmal die Mehraus- gabe von 9972 Thlr. 10 Gr. zu genehmigen.

3) Das Extraordinarium des statistischen Bureau's, und zwar für die Volkszählung im Jahre 1871, für welche außer den 1871 geforder- ten 68,000 Thaler noch 50,000 Thaler nachgefordert wurden. Hierzu beantragt die Budgetkommission: a. In Erwägung, daß im Jahre 1872 nur 20,000 Thlr. zur Verwendung gelangt sind, statt 50,000 nur 20,000 Thlr. zu bewilligen, b. bei etwaiger Nachforderung im nächsten Jahre eine Spezialisirung der Gesamtausgabe der Volkszählung von 1871 vorzulegen.

Geb. Oberfinanzrath Hofmann bittet das Haus, nicht das in Nr. 2 ausgesprochene Prinzip aufzunehmen; der Dispositionsfonds ist auch in den Jahren 1865 und 1867 überschritten worden. Es ist zwar im Reichstage einmal eine ähnliche Resolution angenommen worden, als der Dispositionsfonds des Reichskanzlers von 30,000 Thalern um 95,000 Thaler überschritten war. Allein dort wurden alle unvorher- gesehene Ausgaben auf den Dispositionsfonds übertragen, während sie jetzt als außeretatmäßig betrachtet werden. Eine solche Praxis ist in Preußen bis jetzt nicht üblich gewesen. Der Antrag könnte schäd- lich wirken, denn es kommen oft dringende Fälle vor, in welchen es eine Pflichtverletzung sein würde, gewisse Ausgaben im Interesse des Dienstes oder des Landes auch über den Etat hinaus zu machen. Außerdem unterliegen ja alle Ueberschreitungen der nachträglichen Ge- nehmigung ebenso wie andere Etatsüberschreitungen. Also wird der Antrag keine Wirkung haben.

Abg. v. Benda empfiehlt den Antrag, weil ja sonst den Mini- stern ein unbegrenzter Dispositionsfonds gegeben würde. Uebrigens sind ja auch in den letzten 7 Jahren die Dispositionsfonds nicht über- schritten; also wird eine solche Einschränkung wie die in Nr. 2 vorge- schriebene nur eine Warnung zur Sparsamkeit für die Minister sein. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird der Antrag der Budgetkommission angenommen: „vorbehaltlich der bei der Prü- fung der Rechnungen sich etwa noch ergebenden Erinnerungen a) die

nachgewiesenen Etatsüberschreitungen für das Jahr 1872 mit 11,190,041 Thlr., minus 30,000 Thlr., also mit 11,160,041 Thlr., b) an außeretat- mäßigen Ausgaben 6124 Thlr., im Ganzen 11,166,165 Thlr. nachträg- lich zu genehmigen.“

Es folgte der Rechenschaftsbericht über die Ausführung der Ge- setze vom 13. März 1873, betreffend die außerordentliche Tilgung von Staatsschulden, und vom 5. Juni 1873, betreffend die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juli 1872 zur Ueberweisung an Preußen gelan- genden Geldmittel, der durch die Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt wurde.

In der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Ver- einigung mehrerer, jetzt zu Neuvorpommern gehöriger, am linken Beene- ufer bei den Städten Anklam und Demmin belegener Distrikte mit Altprommern, dem Regierungsbezirk Stettin und den Kreisen Anklam und Demmin, ergriff der Abgeordnete Wendorf (Greifswald) das Wort, der eine Regelung in den in den Distrikten bestehenden Ver- hältnissen für notwendig hält; denn die Verwirrung und Verquickung sei eine so große, daß ihm die Haare zu Berge ständen, wenn er daran denke. (Stürmische Heiterkeit; denn der Redner hat einen fast ganz kahlen Kopf.) Im Großen und Ganzen stimmt er der Vorlage zu, aber einige Einzelheiten erregen sein Mißfallen.

Der Gesetzentwurf wird darauf unverändert nach den Vorschlägen der Kommission angenommen.

Es folgte die Berathung des vom Herrenhause abgeänderten Ent- wurfs eines Gesetzes, betreffend die Ausführung des Vorbehalts be- züglich der Grafschaften Wernigerode und Stolberg in § 181 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872.

Das Herrenhaus hat den vom Abgeordnetenhaus von sieben auf zwei Paragraphen reduzierten Gesetzentwurf wieder auf acht Para- graphen erweitert, in welchen dem Grafen Stolberg das Recht, die Amts- vorsteher zu ernennen und den Landrath vorzuschlagen zusteht. Der Abg. Eberth, der schon in früheren Stadien der Verhandlung gegen- derartige Bevorzugungen gesprochen hat, beantragt nunmehr die frü- heren Beschlüsse wiederherzustellen. Er bestreitet jedes Recht der Grafen Stolberg mit der Regierung zu paktiren; das würde den Schein geben, als wären sie eine gleichberechtigte Macht. Die Gleich- heit verbietet eine Bevorzugung, wie sie das Herrenhaus den Grafen Stolberg geben will. Auf der Gleichheit für Alle beruht die Einheit des deutschen Reiches, der Feudalismus und die kleinen sind immer Gegner der Einheit gewesen. Wenn die Vorlage an dem Troke des anderen Hauses scheitern sollte... (Vizepräsident Dr. Friedenthal hält den Ausdruck Trok für unparlamentarisch, worauf der Redner denselben zurücknimmt.) Wenn auch die Vorlage scheitern sollte, so wäre es immer noch besser, als wenn die Regierungsvorlage ange- nommen würde.

Abg. v. Bismarck (Halam) erklärt sich für die Wiederher- stellung der Regierungsvorlage, ebenso Windthorst (Meppen), obwohl er kein persönlicher Freund der Stolberg'schen Grafen und ihnen geschäftlich vielfach entgegengetreten ist; aber ohne die Ueber- nahme der Verpflichtung, sie als Reichsunmittelbare zu behandeln, hätte die Krone Preußen die Grafen Stolberg niemals als Unterthanen bekommen. Zwischen diesen Rednern und den Abgg. Bertog und Birchow, welche den Grafen den reichsunmittelbaren Charakter überhaupt abschreiben und ihnen rathen wie die englischen Lords sich als gute Bürger den Einrichtungen des Landes zu fügen, sucht der Minister des Innern eine vermittelnde Stellung zu nehmen, indem er das Haus bittet, keinen Beschluß zu fassen, von dem es im Voraus weiß, daß das Herrenhaus sich ihm nicht anschließen wird. Er hat denselben Rath seiner Zeit dem Herrenhause erteilt, leider ohne Er- folg und nur mit der Wirkung, daß man ihm dort den Vorwurf ge- macht hat, er wolle das Herrenhaus durch den Druck des Abgeord- netenhauses beugen.

Auf den Antrag Eberth's wird zunächst der § 2 des Herren- hauses (Ernennung der Amtsvorsteher durch den Oberpräsidenten im Einverständnis mit den Grafen) in namentlicher Abstimmung mit 172 gegen 89 Stimmen gestrichen.

Zu § 3: „Im Kreise Wernigerode wird der Landrath von dem Grafen zu Stolberg-Wernigerode, als standesherrlichem Besitzer der Grafschaft Wernigerode, präsentirt und vom Könige ernannt“, hat Abg. Thilo im Interesse der Grafschaft, damit ihr die Wohlthat der Kreisordnung nicht für unbestimmte Zeit vorzuenthalten werde, einen vermittelnden Antrag eingebracht, der das Präsentationsrecht in abge- schwächter Form anbietet, zieht es aber nach der Abstimmung über § 2 zurück. Der § 3 wird gestrichen, ebenso §§ 4 und 5, so daß § 6 als § 2 mit Ausmerzung des Wortes „standesherrlich“ genehmigt wird.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Montag 10 Uhr. (Auf der Tagesordnung stehen sechs verschiedene Vorlagen.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 16. Mai.

Der Oberpräsident der Provinz Posen, Günther, wurde am 16. d. vom Kronprinzen im Neuen Palais empfangen und mit einer Einladung zur Tafel beehrt.

Die „Nat.-Lib. Corr.“ und der „Berl. Aktionär“ versichern übereinstimmend, daß die von der „Spen. Z.“ gebrachte, auch von uns reproduzirte Nachricht, die Abgg. Pasker und v. Benda hätten in Sachen der Nordbahn mit dem Ministerium verhandelt und wären zu einer Ministerkonferenz gezogen, in welcher diese Angelegenheit erörtert worden, vollständig aus der Luft gegriffen ist.

München, 16. Mai. Der Aufschuß der bayerischen zweiten Kam- mer für Beschwerden hat die Beschwerde des Jesuitenpaters Graf Fug- ger über seine Ausweisung mit 5 gegen 4 Stimmen für unbegründet erklärt.

Dresden, 16. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kam- mer wurde der Entwurf des Gesetzes betreffend die Einführung einer progressiven Einkommensteuer mit Deklarationszwang mit 51 gegen 17 Stimmen angenommen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Mai.

r. Der Gouverneur, Freiherr v. Wrangel, reiste Sonnabend Vormittags von hier nach Pissa und kehrte am demselben Tage Abends hierher zurück. Der Polizeidirektor Staudy ist Sonnabend Abends nach Berlin gereist.

r. Am Hotel du Nord waren bekanntlich am 22. März 1871 von einer Volksmenge, die darüber erbittert war, daß der Besitzer jenes Hotels zu Kaisers Geburtstag nicht illuminirt hatte, die Fenster eingeworfen, die Schaufenster erbrochen worden u. Der Besitzer des Hotels war deswegen auf Grund des Tumultgesetzes gegen die Kom- mune Posen wegen einer Entschädigung von ca. 350 Thlr. klagbar geworden, wurde aber in erster Instanz mit seinen Ansprüchen abge- wiesen. Durch Erkenntnis des Appellationsgerichts vom 16. d. M. ist nun die Kommune Posen zur Zahlung jener Summe an den Kläger verurtheilt worden.

△ Bromberg, 12. Mai. (Bauten.) Die Ueberfüllung der Töchter- und Mädchenschulen giebt der städtischen Verwaltung drin- gende Veranlassung, Veränderungen zu treffen, resp. zu bauen. Man ist schlußig geworden, die höhere Töchter- und Mädchenschule an der Brabe neben dem Theater zu erbauen. Das alte Haus wird total heruntergerissen und die Klassen werden so lange in den oberen Räumen des vormali- gen Hotel de Rome untergebracht. Das Rathhaus, welches auch zu

klein wird, will die Polizeiverwaltung ebenfalls fortnehmen und in den unteren Räumen des Hotel de Rome plaziren. Als Hospital ist ein Grundstück hinter dem Brunnenplatz gewonnen, und — das Siechen- haus — welches für Epidemien als Zufluchtsstätte dient, hat man inmitten der Stadt eingerichtet. Der Bau der neuen evangelischen Kirche geht rüstig vorwärts.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Breslau, 16. Mai. Die heutige General-Versammlung der Breslauer Malterbank hat die Jahresrechnung und die Bilanz genehmigt, welche letztere mit einem Verluste von 442,605 Thaler ab- schließt.

Die heutige General-Versammlung des Schlesischen Bank- Vereins hat den vorgelegten Abschluß, nach welchem eine Dividende von 6 pCt. gezahlt werden soll, genehmigt und darauf die statuten- mäßigen Wahlen vorgenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wainner in Posen.

Angesommene Fremde vom 18. Mai.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbes. Groß- kreutz a. Krzemci. Bühring a. Brodegow. Duby aus Wollsch, v. Sycanicki a. Wylafowo, Sperling a. Grybno, Daniels, die Kaufl. Beckh, Neumann, Grohn, Rosenfeld, Friedmann, Lebran und Petersen a. Berlin, Diepjen und Schroeder a. Aachen, Rinzel a. Hamburg, Samotulski a. Pinn, Rittergutsbes. v. Delhaes a. Boromfo, Rentier M. Seeliger u. R. R. Concertmeister Fab. Rehfeld a. Berlin, Antmann Wagner a. Riesenburg.

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Zara- cewski a. Zaracowo, Gräfin Stojemka a. Gerniejewo, Gutsbesitzer Kumbler jun. a. Rybom, die Kaufl. Delhaes a. Aachen, Kurnicki u. Frau a. Berlin, Frau Budt a. Breslau u. Maschl mit Frau u. Tochter a. Breslau, Banquier Pany a. Breslau, Gutspächter v. Pa- gowski a. Kurnatowice.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufl. Rosenberg a. Grätz, Mendel- sohn a. Birnbaum, Quase a. München, Wschheim a. Berlin, Kunze, Seiler u. Schubert a. Breslau, Fabrik-Direktor v. Bronzynski a. Oppeln, Landrath Nabe a. Schroda, Opernfänger Bernhard a. Wei- mar, Administrator Stranz a. Blochewo, Brauereibesitzer Schur a. Schwiebus.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME Die Kaufleute Türl aus Berlin, Dürrhein a. Dresden, Schwenker a. Magdeburg, Haumann a. Plauen, Böhm a. Düsseldorf, Schreier a. Berlin, Zahn a. Ham- burg, Beder a. Pforzheim, Stern a. Aachen, Richter a. Berlin, Fillel a. Köln, Köwenberg a. Berlin, Goppenberg a. Leipzig, du Barry u. Lande a. Bordeaux, Lindner a. Berlin, Landsberg a. Breslau, Bester a. Berlin, Rentier Ahl a. Arnau.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Schöffan a. Breslau, Schmidt a. Zerbst, Forel a. Berlin, Wolff a. Breslau, Fiedler a. Grünberg, Schaper a. Stettin, Mayer a. Magdeburg, Frau Henke a. Pudewitz, die Gutsbesitzer Schults a. Boromfo u. Weith a. Kottbryn, Distriktskomm. Schiebusch u. Frau a. Pudewitz.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 17. Mai. Es wird versichert, Goulard werde das Kabi- net aus Mitgliedern des rechten und linken Zentrums bilden. Die neuesten „Versailler Nachrichten“ erwähnen gerüchweise folgende Zu- sammensetzung des neuen Kabinetts: Goulard (Finanzen), Chau- dordy (Außenw.), Magne (Finanzen), Mathieu Bodet (öffent- liche Arbeiten), Deseilligny (Handel), Desjardins (Unterricht), General Berthaud (Kriegsministerium).

Graphische Börsenberichte.

Breslau, 16. Mai. Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus 100 Liter 100 pCt. pr. Mai 23½, pr. August-September 23½, pr. September-Oktober - Weizen pr. Mai 90, Roggen pr. Mai 60½, pr. Juli-August 58½, pr. September-Oktober 56½. Rüböl pr. Mai und pr. Juni 18½, pr. September-Oktober 19½. Zink fest. - Wetter: Veränderlich.

Bremen, 16. Mai. Petro/um schwach, Standard white 100 12 Mark bei.

Hamburg, 16. Mai. Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen loco still, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen 216-pf. pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 258 B., 257 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 255 B., 254 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 254 B., 253 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 247 B., 245 G., Roggen pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 181 B., 180 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 176½ B., 175½ G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 172 B., 171 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 171 B., 170 G. Hafer loco still. Gerste loco still. Rüböl fester, loco und pr. Mai 57½, pr. Oktober 56½, pr. 60. Spiritus loco, pr. Mai-Juni 54, pr. Juli-August 55½, pr. August-September und pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 56. Kaffee ruhig; Umfatz 2000 Sack. Petroleum loco, Standard white loco 12, 70 B., 12, 50 G., pr. Mai 12, 50 G., pr. August-Dezember 13, 00 G. - Wetter: Veränderlich.

Köln, 16. Mai. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Heiter. Weizen unverändert, hiesiger loco 9, 15, fremder 9, 5, pr. Mai 9, 3, pr. Juli 8, 22, pr. November 7, 27. Roggen matter, frem- der loco 6, 7½, pr. Mai 5, 29½, pr. Juli 5, 18, pr. November 5, 14½. Rüböl fester, loco 10½, pr. Mai 10, pr. Oktober 10½.

London, 15. Mai. (Getreidemarkt) Schlussbericht. Fremde Zu- fuhren seit letztem Montag: Weizen 26,110, Gerste 21,970, Hafer 47,760 Metrs.

Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu nominell unveränderten Preisen. Weißer englischer Weizen 62-68, rother 58-63, hiesiges Mehl 45-54 Sch. - Wetter: Starker Regen.

Liverpool, 16. Mai. Nachmittags. Baumwolle (Schlussbe- richt): Umfatz 15,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 3000 Ballen. Fest, amerikanische schwimmend ½ theurer.

Middling Orleans 8½, middling amerikan. 8½, fair Dhollerah 5½, middling Dhollerah 5½, good middling Dhollerah 5, middling Dhollerah 4½, fair Bengal 4½, fair Broad 5½, New fair Domra 6, good fair Domra 6½, fair Madras 5½, fair Pernam 8½, fair Smyrna 7, fair Egyptian 8½.

Manchester, 15. Mai. Nachmittags. 12r Water Armitage 8½, 12r Water Taylor 10½, 20r Water Micholls 12½, 30r Water Gib- son 13, 30r Water Clayton 14½, 40r Mule Mayall 12½, 40r Medio Wilkinson 14½, 36r Warpcop Qualität Rowland 13½, 40r Double Weston 14½, 60r Double Weston 16½. Printers 1/16 7/100 8 pfd. 120. Mäßiges Geschäft, Preise anziehend.

Amsterdam, 16. Mai. Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Ge- treide-Markt) Schlussbericht. Weizen pr. Mai 372, pr. November 330½, Roggen pr. Mai 211½, pr. Juli 202.

Antwerpen, 16. Mai. Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Ge- treide-Markt) Schlussbericht. Weizen stetig, dänischer 36. Roggen be- hauptet, amerikanischer 28. Hafer unverändert. Gerste fest. Pe- troleum-Markt (Schlussbericht). Raffinirtes Type weiß, loco 30½ bj. u. B., pr. Mai 30 B., pr. Juni 29½ B., pr. September 32½ B., pr. September-Dezember 33½ bj., 34 B. Weichend.

Paris, 16. Mai. Nachmittags. Produktionsmarkt. Weizen ruhig, pr. Mai 38, 00, pr. Juli-August 34, 75. Mehl ruhig, pr. Mai 78, 50, pr. Juli-August 76, 75, pr. Septbr.-Dezember 67, 75. Rüböl behauptet, pr. Mai 78, 25, pr. Juli-August 80, 50, pr. September-De- zember 82, 75. Spiritus behauptet, pr. Mai 60, 00. - Wetter: Ver- änderlich.

